Bildung, Arbeit und Sozialraum

Zum besonderen Handlungsbedarf in benachteiligten Quartieren

Orhan Güles
Thorsten Wagener
Regine Wagner

1 Einleitung

Bildungschancen und Integration in Arbeit sind Herausforderungen, deren Rahmenbedingungen vor allem von nationalen, im Zuge der Globalisierung aber auch zunehmend von internationalen Faktoren bestimmt werden. Die Folgen jedoch sind vor allem lokal spürbar. Bevölkerungsgruppen, bei denen diese Integration nicht gelingt, konzentrieren sich seit den 1990er Jahren verstärkt in einzelnen Stadtquartieren. Häufig können die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Quartiere auch von Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht in ausreichendem Maße profitieren. Wo sich Armut, Arbeitslosigkeit und niedriger Bildungsstatus konzentrieren, macht sich irgendwann Hoffnungslosigkeit breit: Der Wohnort wird zur Falle!

Sozialraumorientierte Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik setzt sich zum Ziel, diese Nachteile zumindest partiell auszugleichen, indem sie an der Lebenswelt der Bewohner benachteiligter Quartiere ansetzt und die Potenziale, die mit diesem ganzheitlichen Ansatz einhergehen, ausschöpft. Während in anderen Beiträgen dieses Hefts konzeptionelle Überlegungen und praxisbezogene Erfahrungen zum sozialraumorientierten Vorgehen im Mittelpunkt stehen, geht es vorliegend vor allem darum, Benachteiligungen in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt mit konkreten Zahlen zu belegen und den Handlungsbedarf zu verdeutlichen. Hierfür wird anhand ausgewählter Indikatoren zunächst ein Überblick zur aktuellen nationalen Lage gegeben.

2 Die Situation auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren ist in Deutschland ein zunehmendes Auseinanderdriften der Gesellschaft zu beobachten. So ist der Einkommensanteil der ärmsten 20 % der Bevölkerung zwischen 1997 und 2006 von etwa 10 % auf 9 % gesunken und der Anteil der reichsten 20 % der Bevölkerung im selben Zeitraum von rund 34 % auf 37 % gestiegen. Insgesamt sind damit mehr Menschen von Armut[1] betroffen oder bedroht. Zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen zählen Arbeitslose (57 %), Hauptschüler ohne Abschluss (26 %), Migranten (23 %) und Alleinerziehende (35 %).[2] Ende 2009 befanden sich sogar mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden länger als drei Jahre im ALG-II-Bezug.[3] Die Situation der Eltern bewirkt auch, dass fast jedes vierte Kind von Armut betroffen ist. Das höchste Armutsrisiko tragen dabei Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren – einem Alter, in dem sie für den erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf in besonderem Maße gefordert sind.[4]

Schulbildung

Bildung ist entscheidend für die individuellen Chancen gesellschaftlicher Teilhabe und eine existenzsichernde Erwerbsbeteiligung. So waren 2006 rund 85 % der Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss erwerbstätig, aber nur etwa 54 % der Personen ohne beruflichen Abschluss. Daher gelten insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluss – also ohne eine wesentliche Voraussetzung für den beruflichen Aufstieg – als Risikogruppe. Die Schulabbrecherquote lag 2007 mit 7,8 % immerhin deutlich unter der Quote von 2001 (9,7 %). Dieser Anteil ist aber bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch. Gleichwohl gelingt es der Mehrzahl dieser Jugendlichen, im späteren Verlauf ihrer Biografie die einmal versäumten Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse nachzuholen.[5] Allerdings haben sich die Chancen für Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen angesichts der seit Jahren beständig zunehmenden Qualifizierungsanforderungen im Beschäftigungssystem verschlechtert. Der Bedarf an (hoch)qualifizierten Arbeitskräften wird noch weiter steigen und das Angebot an Hilfs- und Einfacharbeitsplätzen weiter abnehmen.[6]

Trotz verstärkter Anstrengungen in der Bildungspolitik hat sich die Verteilung der Schüler auf die Schulformen seit 1998 nur

Orhan Güles
Thorsten Wagener
Regine Wagner
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
E-Mail: orhan.gueles@bbr.bund.de
thorsten.wagener@bbr.bund.de
regine.wagner@bbr.bund.de

leicht zugunsten der Gymnasialschüler verändert. Zwar besuchten 2007 die meisten Schüler der Klassenstufe 8 das Gymnasium (33 %), gefolgt von Realschulen (27 %), Hauptschulen (21 %) und Integrierten Gesamtschulen (9 %). Der Anteil der 15-jährigen Hauptschüler mit Migrationsbiografie war 2000 allerdings fast doppelt so hoch wie der ohne Migrantionshintergrund und nur ein Viertel dieser Bevölkerungsgruppe besuchte das Gymnasium.[7]

Ausbildung

Die Lage auf dem bundesdeutschen Ausbildungsstellenmarkt hat sich in den letzten drei Jahren deutlich entspannt. Auf der Nachfrageseite macht sich der demographische Wandel bemerkbar, besonders in den ostdeutschen Regionen. In den neuen Ländern ging die Zahl der Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber um 26 % zurück, in den alten um 11 %. Auch zum Abschluss des Berufsberatungsjahrs per 30. September 2009 vermeldete die Bundesagentur für Arbeit (BA) trotz der Wirtschaftskrise mit 7 % einen vergleichsweise moderaten Rückgang registrierter Ausbildungsstellen. Im zweiten Jahr in Folge gab es nach der BA-Statistik mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Auf eine Stelle kamen rechnerisch 1,12 Bewerber (im Vorjahr: 1,21). Im Vergleich zum Vorjahr haben Angebotsüberhänge zugenommen – allerdings mit erheblichen regionalen und berufsspezifischen Disparitäten.[8]

Soweit zur positiven Seite. Die auf den ersten Blick erfolgreiche Bilanz wird jedoch durch zwei Aspekte geschmälert. Als Nachfrager werden nur jene betrachtet, die am 30. September, also am Ende des Berufsberatungsjahres keinen Ausbildungsplatz haben oder bei der BA als „unversorgt“ gelten. Jugendliche im Übergangssystem, Praktikumsabsolventen oder diejenigen, die eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben, werden in der BA-Bilanz nicht berücksichtigt. Zum Stichtag 30. Juni 2009 waren dies 77 000 Jugendliche. So verbleiben fast zwei Fünftel der Neuzugänge in Maßnahmen und Bildungsgängen des sog. „Übergangssystems“[9]. Der Anteil stieg von 32 % (1995) auf rund 40 % im Jahr 2004. Die Verweildauer der Jugendlichen in diesem System ist mit ein Grund dafür, dass das durchschnittliche Eintrittsalter von Jugendlichen in eine Ausbildung mittlerweile bei 19 Jahren liegt.[10] Als zweiter Aspekt ist zu berücksichtigen, dass das Ausbildungsplatzangebot in Ostdeutschland nach wie vor zu einem hohen Anteil aus staatlich finanzierten außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen besteht. Fast jede siebte Ausbildungsstelle wurde 2009 deutschlandweit außerbetrieblich angeboten (alte Länder: 11%, neue Länder 29 %).[11]

Trotz der demographiebedingten Reduzierung der Bewerber ist der direkte Übergang in Ausbildung für Abgänger ohne Schulabschluss, Jugendliche mit Hauptschulabschluss und Jugendliche mit Migrationshintergrund schwierig. Etwa 80 % der Neuzugänge ohne Schulabschluss, jeder zweite Hauptschüler und 60 % der Jugendlichen mit Migrationsbiografie landen im Übergangssystem.[12] Die Unternehmen selbst machen hierfür vor allem die fehlende Ausbildungsreife[13] der Bewerber verantwortlich. In einer Online-Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) im März 2009 benannten 64 % der Unternehmen Defizite bei Schulabgängern als Ausbildungshemmnis. Bemängelt wurden mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen (56 %) und elementare Rechenfertigkeiten (51 %).[14] Zwar zeigten sich im Vergleich zur Umfrage 2005 leichte Verbesserungen. Dessen ungeachtet führten der absolute Rückgang der Schülerzahlen und die von den Unternehmen beklagte fehlende Ausbildungsreife dazu, dass etwa 30 % der ostdeutschen Betriebe – und damit doppelt so viel wie 2007 – und 19 % der westdeutschen Betriebe 2009 ihre angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen konnten.

Ein wichtiger Risikofaktor für fehlende Ausbildung ist die soziale Mobilität.[15] Neben ungünstigen Voraussetzungen bei der schulischen Bildung und schlechten Noten wird angenommen, dass gut gebildete Eltern ihre Kinder nicht nur in der Schule, sondern später auch bei Berufswahl, Ausbildungsplatzsuche und Durchführung der Ausbildung besser unterstützen können. Ebenfalls gelten junge Mütter als Risikogruppe, denen keine hinreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung zur Verfügung stehen und damit die Zeit für eine Berufsausbildung fehlt. Ein weiterer Risikofaktor in der Übergangsphase ist auch die Wohnregion. Einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zufolge blei-

ben Jugendliche aus Regionen mit mittlerer oder hoher Siedlungsdichte (z. B. Großstädten) häufiger ohne Ausbildung als Jugendliche, die in ländlichen Gebieten leben. Als Grund wird angeführt, dass mit zunehmendem Verstädterungsgrad der Regionen die Einmündung in eine Berufsausbildung für die Ausbildungsbewerber schwieriger wird. Zwar gibt es in Ballungsräumen mehr Ausbildungsstellen als im ländlichen Raum, doch werden diese häufig mit leistungsstarken Schulabsolventen aus dem Umland besetzt.[16] Darüber hinaus münden Jugendliche, die bei Schulende keinen konkreten Bildungswunsch haben, häufiger auch längerfristig nicht in eine Ausbildung ein und sind deshalb stark gefährdet, ohne Berufsabschluss zu bleiben.[17] Mit etwa 40 % (2007) bleiben Jugendliche mit Migrationsgeschichte überdurchschnittlich häufig ohne Berufsabschluss – hingegen nur rund 12 % der deutschen Jugendlichen.[18]

Dem dualen Ausbildungssystem in Deutschland kommt über den Status des erlernten Berufs traditionell eine hohe Integrationsfunktion für einen breiten Bevölkerungsanteil zu. In den letzten Jahren hat es diese Integrationskraft ein Stück weit verloren.

(Langzeit-)Arbeitslosigkeit

In den Jahren 2006 und 2007 profitierten auch bislang benachteiligte Personengruppen – jüngere und ältere Langzeitarbeitslose sowie Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund – vom Wirtschaftswachstum. Entgegen allen Befürchtungen zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte sich der Arbeitsmarkt Ende 2009 noch relativ stabil; der Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosenquote auf 8,2 % 2009 gegenüber 7,8 % im Vorjahr war vergleichsweise moderat. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist sogar von rund 37 % auf etwa 31 % gesunken. Überdurchschnittlich angestiegen ist allerdings die Arbeitslosigkeit bei Männern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Westdeutschen.

Im Rechtskreis SGB (Sozialgesetzbuch) II verringerte sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Vorjahresvergleich von etwa 47 % (2007: 55 %) auf rund 41 % und im Rechtskreis SGB III von 14,5 % auf 12,4 %.[19] Ihre Lage hat sich damit zwar verbessert, aber noch nicht im wünschenswerten Ausmaß. Zudem ist davon auszugehen, dass Langzeitarbeitslose von dem für die beiden nächsten Jahre angekündigten Anstieg der Arbeitslosigkeit in besonderem Maße betroffen sein werden.[20]

Die insgesamt vergleichsweise positive Bilanz auf dem Arbeitsmarkt fällt indes nicht für alle Teilnehmenden gleich aus. Zwar ist der Besitz eines Arbeitsplatzes eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Er schützt jedoch zunehmend weniger vor Armut. Mit der Zunahme des Niedriglohnsektors auch bei Vollzeiterwerbstätigkeit und der Zunahme Selbständiger mit niedrigen Einkommen und fehlender sozialer Absicherung geht ein gestiegenes Armutsrisiko von Erwerbstätigen einher. Während 1998 etwa 14 % aller abhängig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor tätig waren, waren es 2007 bereits rund 22 %, in Ostdeutschland sogar 40 %.[21]

3 Zur Lage in benachteiligten Quartieren

Die für die nationale Ebene skizzierte Polarisierung findet nicht nur gesellschaftlich zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen statt, sondern auch räumlich und innerhalb der Städte. Der generelle Befund lautet: Die Unterschiede zwischen bevorzugten und benachteiligten Quartieren werden größer. Bewohnerinnen und Bewohner mit niedrigem sozialen Status, geringer Qualifikation und unterdurchschnittlichem Einkommen leben zunehmend konzentriert in Quartieren mit oft mangelhaften Gebäudebeständen und schlechter Infrastruktur, aus denen Besserverdienende abwandern: Die „räumliche Schere“ öffnet sich weiter![22]

Die Datenlage, mit der dieser Prozess quartiersscharf[23] und differenziert empirisch belegt werden könnte, weist allerdings einige Lücken auf. Zwar werden von den Großstädten kleinräumige Ausdifferenzierungen zunehmend über ein fortlaufendes Monitoring erfasst, doch finden sich in Klein- und Mittelstädten weniger Anwendungsbeispiele. Auch an der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) des BBSR nehmen derzeit nur 50 Großstädte teil.[24] Zur Verdeutlichung der Entwicklung wird daher auf einzelne Studien und Fallbeispiele zurückgegriffen.

Polarisierung, prekäre Quartiere

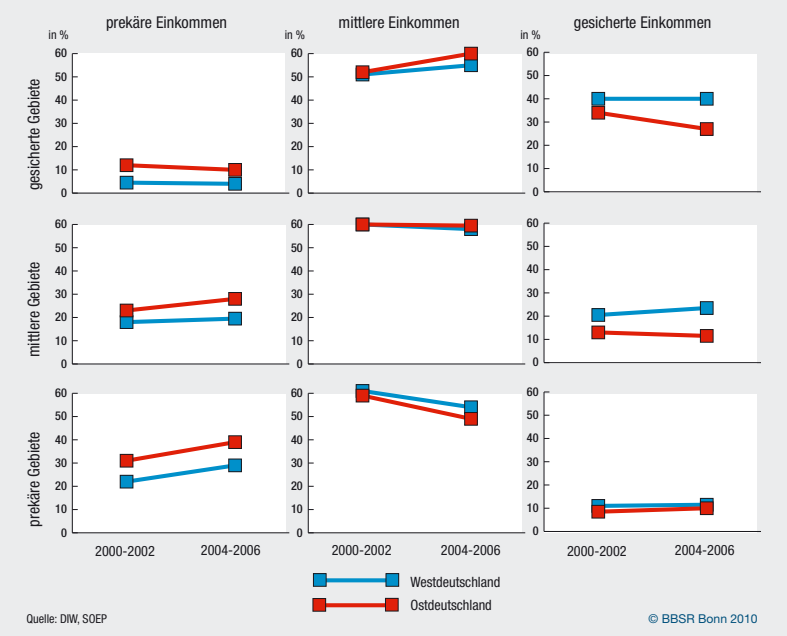
Mit der Studie „Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten“ liegt erstmals eine Untersuchung vor, die den Prozess sozialräumlicher Polarisierung auf breiter empirischer Grundlage belegt. Als Datenbasis wurde das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) herangezogen. Seit 2004 wird der Datensatz des SOEP mit den „mosaic“-Typen von Microm verknüpft, die Informationen über sozial geprägte Wohnlagen liefern. In Deutschland handelt es sich derzeit um die einzige Datenbasis, mit der für repräsentative Auswertungen Angaben zur sozialen Lage von Personen mit raumbezogenen Informationen verknüpft und Zeitreihenanalysen ermöglicht werden können. Für die Studie wurden Microm-Quartierstypen identifiziert, die am ehesten dem „prekären“ oder „gesicherten“ Bereich zugeordnet werden können.[25]

Die Studie zeigt, dass durch das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung sozial selektive Wanderungsströme ausgelöst werden. Diese führen wiederum zu negativen Folgen für Standortbedingungen einzelner Regionen und Stadtquartiere. Dabei ist Abwanderung nicht nur ein Thema für die neuen Länder, sondern auch für altindustriell geprägte Regionen der alten Länder. Auch verlaufen Segregationsprozesse unter Schrumpfungsbedingungen intensiver. Da die Entspannung der Wohnungsmärkte in solchen Gebieten eine erhöhte Fluktuation zulässt, gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die nicht von Einkommensarmut betroffenen Haushalte eher aus städtebaulich und in ihrer sozialen Zusammensetzung als weniger attraktiv wahrgenommenen Quartieren abwandern.[26]

Für die prekären Quartiere in Westdeutschland ermittelte die Studie für den Zeitraum zwischen 2000–2002 und 2004–2006 einen Anstieg des Bewohneranteils mit niedrigem Einkommen von 27 % auf 30 %. In Ostdeutschland fällt dieser Anstieg zwar etwas geringer aus, erreicht aber ein deutlich höheres Niveau als in Westdeutschland: Fast 40 % der Bewohner in prekären Quartieren in Ostdeutschland verfügen lediglich über ein Niedrigeinkommen (vgl. Abb. 1).

Die in der Studie identifizierte zunehmende sozialräumliche Polarisierung ist eine der zentralen Herausforderungen der sozialen Stadtentwicklungspolitik. Zugleich macht die skizzierte Entwicklung bereits deutlich, dass in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik Ansätze gefordert sind, die den besonderen Handlungsbedarf prekärer Quartiere aufgreifen.

Abbildung 1
Entwicklung der Einkommenspolarisierung nach Quartierstypen in Ost- und Westdeutschland



Sozialräumliche Segregation von Zuwanderern

Ein wichtiger Aspekt der wachsenden Polarisierung ist die sozialräumliche Segregation von Zuwanderern. Den Ergebnissen der ExWost-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“[27] zufolge leben fast zwei Drittel der Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die nur über schwache Integrationsvoraussetzungen verfügen, in Wohnquartieren mit den höchsten Anteilen an Zuwanderern. Neben mangelnden sprachlichen Kompetenzen und schwacher sozialer Einbindung ist ihre Integration vor allem durch einen niedrigen Bildungsstatus erschwert. Insbesondere mangelt es ihnen an schulischer Grundbildung. Sozialräumliche Segregation bedeutet insofern nicht nur, dass in einzelnen Wohnquartieren überdurchschnittlich viele Bewohner mit Migrationsbiografie wohnen, sondern vor allem, dass ein größerer Anteil der Migranten in diesen Quartieren gegenwärtig schlechtere Integrationschancen hat. Gleichzeitig handelt es sich bei den stark segregierten Wohnquartieren mit einer schwachen so-

zio-ökonomischen Basis um städtebaulich weniger attraktive Gebiete wie Großwohnsiedlungen und einfache innerstädtische Altbauquartiere. Die Studie ermittelte etwa 1 500 Quartiere in rund 550 Kommunen, in denen überdurchschnittlich hohe Migrantenanteile mit einer schwachen sozio-ökonomischen Basis kumulieren (vgl. Abb. 2).

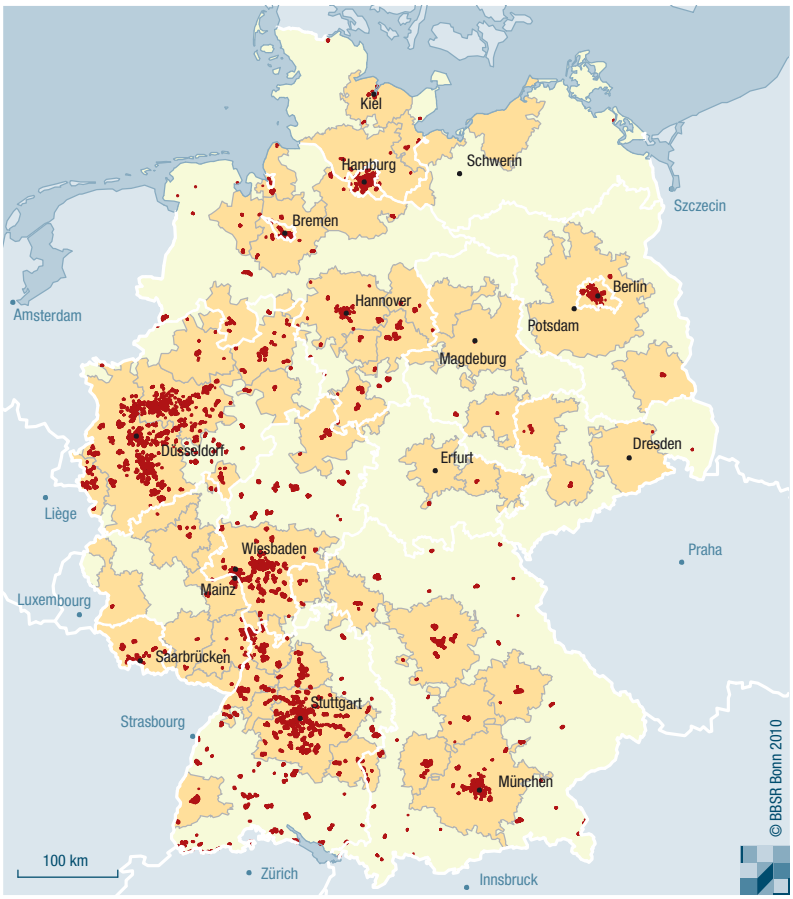
Die Studie zeigt auch, dass es sich bei den Migranten in den prekären Quartieren um eine junge Bevölkerung handelt. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bereits auf Stadtteilebene deutlich über dem durchschnittlichen Migrantenanteil insgesamt. Auf der Ebene kleinräumiger Teilquartiere ist die Differenzierung noch stärker ausgeprägt. Zwar liegen keine amtlichen Datengrundlagen zum Anteil der Kinder mit Migrationsgeschichte in den 1 500 Quartieren der Studie vor, doch lassen Analogierechnungen mit IRB-Daten und Mikrozensus darauf schließen, dass die Anteile von über 60 % bis weit über 90 % reichen.[28]

In Verbindung mit der wohnräumlichen Segregation von Zuwanderern ist darüber hinaus eine schulische Segregation zu beobachten. Wie die im Rahmen der Studie erfolgte Auswertung der Zusammensetzung der Schülerschaft von rund 13 400 Grundschulen zeigt, ist das Ausmaß der Ungleichverteilung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationsbiografie in den Schulen wesentlich höher als die zugrunde liegende wohnräumliche Segregation der Migranten. Gemessen am Status der Staatsangehörigkeit konzentrieren sich Schüler mit Migrationshintergrund innerhalb der Grundschulen einer Stadt noch stärker in einzelnen Schulen als die Zuwandererhaushalte in einzelnen Wohnquartieren.

Auf Grundlage der PISA-Datensätze der Jahre 2000, 2003 und 2006 wurde in der Studie auch das durchschnittliche Kompetenzniveau aller getesteten Schüler – mit und ohne Migrationsbiografie – untersucht. Ab einem Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund von mehr als einem Drittel nimmt das Kompetenzniveau ab. Die ethnische Segregation hat demnach einen noch höheren Einfluss auf das durchschnittliche Kompetenzniveau der Schüler als die soziale Schichtung bzw. die Einkommensdisparitäten der Eltern.[29]

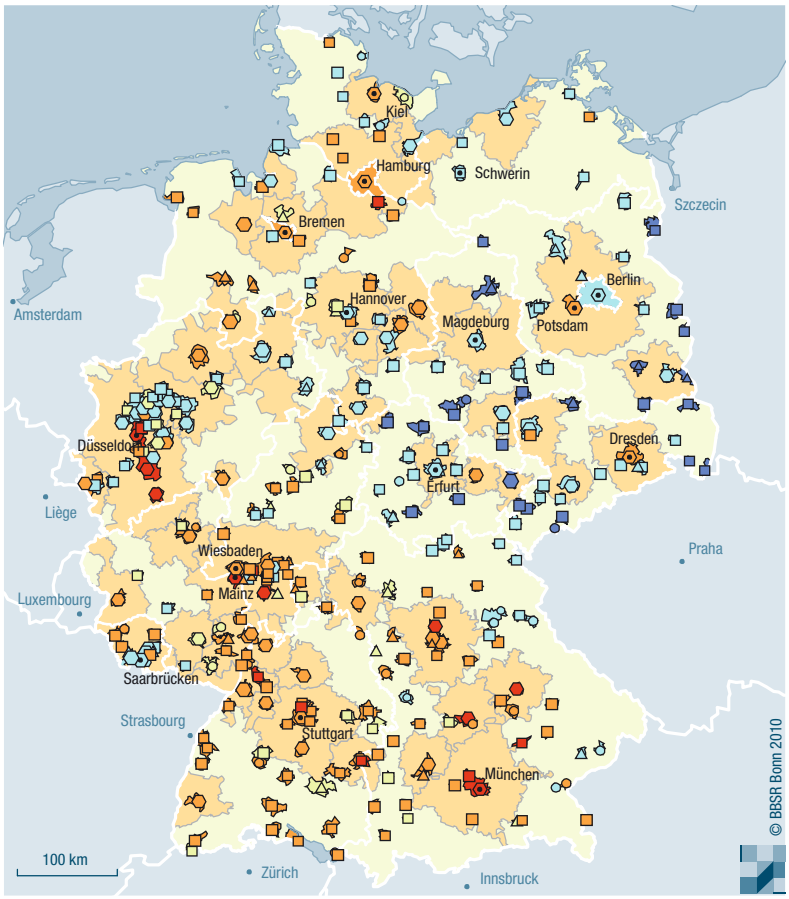
Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung vergleicht verschiedene Forschungsarbeiten, die sich mit der ethnischen Segregation im sozialräumlichen Kontext und ihrer Bedeutung für Integration und Bildungserfolg beschäftigen.[30] Dabei werden widersprüchliche Befunde zu Effekten der ethnischen Zusammensetzung von Schulklassen auf Leistungen und Bildungserfolg ihrer Schüler identifiziert: Während einige Forscher eine Abnahme der Chancen auf den Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums bei Kindern mit Migrationsbiografie aus Klassen mit einem hohen Anteil an Kinder mit gleichem Hintergrund feststellen, ziehen andere wiederum den Schluss, dass es einen solchen Zusammenhang nicht gibt. Die Autorinnen der Studie merken daher kritisch an: „Gerade weil die Konzentration von bestimmten Migrantengruppen in Wohngebieten und in Schulklassen oft mit einem hohen Anteil an sozioökonomisch

Abbildung 2
Wohnquartiere mit erhöhtem Integrationsbedarf (Fokuswohnquartiere)



benachteiligten Schülerinnen und Schülern einhergeht, ist es nicht klar, ob es sich um schicht- oder migrationsspezifische Kontexteffekte handelt."

Abbildung 3
Soziale Stadt in schrumpfenden und wachsenden Kommunen



Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt, Programmjahr 2008

Datenbasis: Städtebauförderungsdatenbank des BBSR, Stand April 2009
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2006

Stadt-/Gemeindetyp
- Großstadt
- Mittelstadt
- Kleinstadt
- Landgemeinde

- Stadtregionen
- Gebiete außerhalb der Stadtregionen

Schrumpfende und wachsende Städte und Gemeinden*
- stark schrumpfend
- schrumpfend
- stabil
- wachsend
- stark wachsend

* Klassendefinition nach der Häufigkeit von Werten der gerangereihten Strukturindikatoren im untersten (<20% aller Werte) und obersten (>20% aller Werte) Quintil:
stark schrumpfend = 4-6 Indikatoren im untersten Quintil, schrumpfend = 1-3 Indikatoren im untersten Quintil, stabil = keine Indikatoren im untersten oder obersten Quintil, wachsend = 1-3 Indikatoren im obersten Quintil, stark wachsend = 4-6 Indikatoren im obersten Quintil
Betrachtete Strukturindikatoren: Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2007; Wanderungssaldo je 1000 Einwohner, Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007; Arbeitsplatzentwicklung 2002 bis 2007; Arbeitslosenquote 2006/07; Realsteuerkraft 2006/07; Kaufkraft 2007

Quartiere in der Förderkulisse des Programms Soziale Stadt

Der Bund hat gemeinsam mit den Ländern bereits 1999 mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt" auf die sozialräumlichen Polarisierungsprozesse reagiert. Mit dem Programm werden benachteiligte Quartiere städtebaulich aufgewertet und stabilisiert. Kernelemente des Programms sind Gebietsbezug, Ressourcenbündelung, Partizipation, neue Managementformen und Netzwerkbildung. Sein integrierter Ansatz geht über die bauliche Erneuerung hinaus: Investitionen in Wohnungen, Gebäude, Wohnumfeld und Infrastruktur sollen durch weitere Maßnahmen zur Verbesserung sozialer Lebenslagen der Bewohnerinnen und Bewohner ergänzt werden.[31]

Ende 2008 befanden sich etwa 520 Programmgebiete in rund 330 Kommunen in der Förderkulisse der Sozialen Stadt (vgl. Abb. 3). Da zum Vergleich der Auswahlkriterien, Problem- und räumlichen Lagen sowie der Bevölkerungsstruktur der Gebiete keine aktuellen Daten vorliegen, wird hier auf die Ergebnisse der dritten bundesweiten Befragung der Bundestransferstelle Soziale Stadt zurückgegriffen, die 2005 bei kommunalen Ansprechpartnern der Sozialen Stadt durchgeführt wurde.[32]

Mit Blick auf die angeführten Merkmale lassen sich die Soziale-Stadt-Gebiete wie folgt beschreiben:

- Neben Mängeln in Bausubstanz und Wohnumfeld sowie einer unzureichenden Infrastruktur waren die ausgewählten Gebiete 2005 insbesondere durch Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen, fehlende Schul- und Bildungsabschlüsse und damit geringe Arbeitsmarktchancen ihrer Bewohner gekennzeichnet. Hohe Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Transfereinkommen zählten zu den vier am häufigsten genannten Gründen von Kommunen, Quartiere als Soziale-Stadt-Gebiete auszuweisen. Über die Hälfte der Kommunen führten auch einen niedrigen Ausbildungsstand und erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt als Grund an.

- Zum schrumpfenden Angebot wohnortnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze trägt auch der kontinuierliche Niedergang der lokalen wirtschaftlichen Basis in den prekären Quartieren bei. Das makroökonomische Wachstum geht häufig an diesen Stadtteilen

vorbei, was dort vielfach zur Erosion lokaler Geschäfts- und Gewerbestrukturen mit Betriebsschließungen, Leerständen von Gewerbeflächen und einer kontinuierlichen Abnahme des Nahversorgungsangebots führt.

- Etwa drei Fünftel der Gebiete in den befragten Kommunen waren nutzungsgemischte Gebiete (59 %) und zwei Fünftel (41 %) Wohngebiete. Hierbei gab es deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern: In den alten Ländern waren zwei Drittel (67 %) nutzungsgemischte Gebiete, in den neuen Ländern dagegen nur ein Drittel (33 %). Dies ging einher mit dem hohen Anteil funktional homogener Neubauquartiere in den neuen Ländern (72 %), die als reine Wohngebiete in den 1960er bis 1980er Jahren gebaut wurden. In den alten Ländern hingegen hatten mit fast zwei Dritteln (63 %) die Altbauquartiere den größten Anteil.
- Die Arbeitslosenquoten lagen in rund drei Fünfteln der Quartiere (57 %) bei 15 % und mehr, damit überwiegend höher als in der Gesamtstadt. Nur etwas weniger als ein Drittel (30 %) der befragten Gesamtstädte hatte solche hohen Quoten.
- Der durchschnittliche Migrantenanteil (Bewohner ohne deutschen Pass) dieser Gebiete lag mit 24 % in den alten Ländern dreimal so hoch wie in den neuen (8 %). Auch beim Vergleich zwischen den Programmgebieten und Gesamtstädten konzentrierten sich vor allem in den alten Ländern die hohen Migrantenanteile in diesen Gebieten: Mehr als die Hälfte aller Quartiere (53 %) hatte Anteile von 25 % und mehr, aber nur 3 % der Gesamtstädte.

Aus den beschriebenen Studien wird bereits deutlich, dass benachteiligte Quartiere nicht nur ein Phänomen von Großstädten oder wirtschaftsstrukturell benachteiligten Kommunen sind. Etwas mehr als zwei Fünftel (43 %) der 2008 geförderten Gebiete befindet sich in schrumpfenden bzw. stark schrumpfenden Kommunen. Ebenfalls rund zwei Fünftel (47 %) sind in wachsenden bzw. stark wachsenden Kommunen verortet, wobei letztere nur einen Anteil von 5 % ausmachen (vgl. Abb. 3, 4). Zwischen den neuen und alten Ländern zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: Während in Ostdeutschland mehr als 90 % der Gebiete in schrumpfenden bzw. stark schrumpfenden Kommunen liegen, sind es in Westdeutschland nur etwa 30 % der Gebiete.

Abbildung 4
Anteile der Soziale-Stadt-Gebiete in schrumpfenden und wachsenden Kommunen

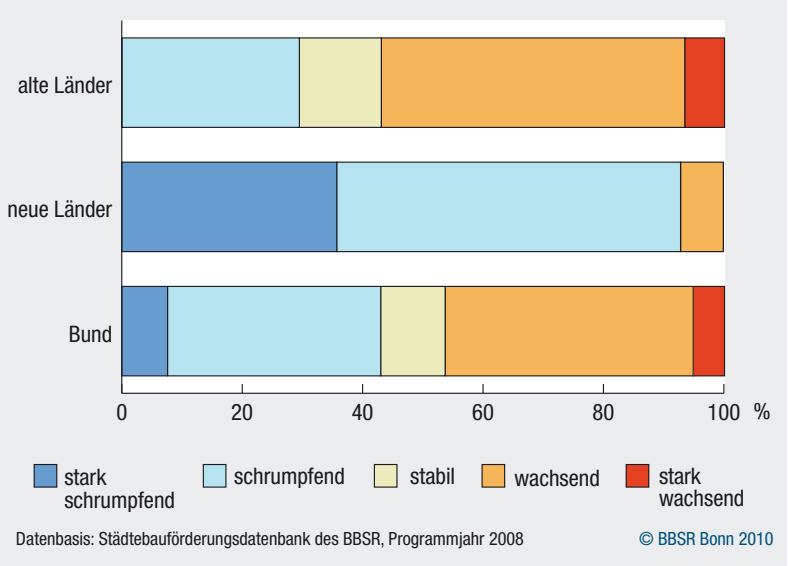
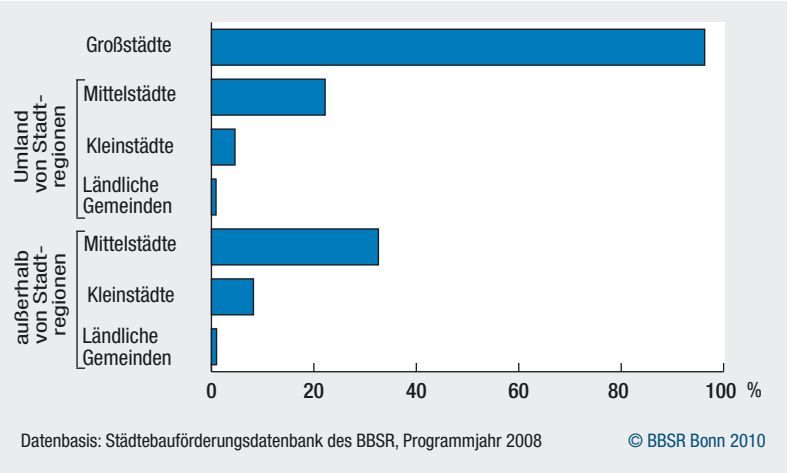


Abbildung 5
Verteilung der Soziale-Stadt-Gebiete nach Stadttypen



Bezogen auf den Stadt- und Gemeindetyp konzentrieren sich die Programmgebiete auf die Großstädte. Beinahe jede Großstadt (97 %) hat mindestens ein Programmgebiet. Bei den Mittelstädten im Umland der Stadtregionen sind es noch etwa 22 %. Hingegen gibt es in ländlichen Gemeinden (im Umland und außerhalb von Stadtregionen) kaum Gebiete der Sozialen Stadt (jeweils 1 %; vgl. Abb. 5).

Die Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt (2004)[33] hat gezeigt, dass der sozialräumliche und integrierte Program-

mansatz ein geeignetes Instrument ist, um Abwärtsspiralen in den Stadtteilen zu begegnen und sozial stabile Stadtquartiere zu schaffen. Wie die empirischen Ausführungen zur allgemeinen Lage in der Schul- und Berufsausbildung sowie Beschäftigungsförderung in Kapitel 2 zeigen, ist dabei die Entwicklung der benachteiligten Quartiere grundsätzlich vor dem Hintergrund der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen zu sehen. Auf die begrenzten lokalen Handlungsspielräume hat die Zwischenevaluierung ebenfalls hingewiesen. Gleichwohl konstatierte sie Optimierungsbedarf in den Feldern Bildung, Beschäftigung und lokale Ökonomie.

Tabelle 1
Sozialräumliche Daten Dessau-Rosslau/Innenstadt

Indikator	Gesamtstadt	Programmgebiet
Einwohner	89 934	18 724
Ausländeranteil (in %)	2,3	4,7
Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren an allen Einwohnern unter 18 Jahre (in %)		
Anteil an Einwohnern unter 15 Jahren (in %)	9,0	8,1
Anteil an Einwohnern zwischen 15 und unter 65 Jahren (in %)	65,0	58,3
Anteil an Einwohnern 65 Jahre und älter (in %)	26,0	33,6
Arbeitslosenquote (in %)*1	11,4	19,3
Einwohnerentwicklung 1995 bis 2007 (in %)	-16,5	-33,7

*1 Anteil Arbeitsloser an Erwerbsfähigen

Quelle: Büro Stephan Westermann: Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt. Dessauer Innenstadt. – Dessau-Roßlau 2008 (Daten: Stand 2007)

Tabelle 2
Sozialräumliche Daten Berlin/Neukölln, Schillerpromenade

Indikator	Berlin	Neukölln	Programmgebiet
Einwohner	3 353 854	302 801	31 334
Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund (in %)	25,7	38,7	50,6
Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren an allen Einwohnern unter 18 Jahren (in %)	41,6	62,5	76,0
Anteil an Einwohnern unter 18 Jahren (in %)	14,6	16,7	17,5
Anteil an Einwohnern zwischen 18 und unter 65 Jahren (in %)	66,9	65,8	72,1
Anteil an Einwohnern 65 Jahre und älter (in %)	18,5	17,5	10,4
Arbeitslosenquote (in %)*1	10,2	12,8	17,1
Langzeitarbeitslose in % der 15- bis 65-jährigen Einwohner	4,0	4,7	6,3

*1 Arbeitslose insgesamt in % der 15- bis 65-jährigen Einwohner am 31.12.2007

Quellen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2008; Res urbana GmbH: Kurzbericht über die Trendanalyse der Entwicklung von Neukölln und Neukölln-Nord im Vergleich zu Berlin insgesamt und zu anderen Teilgebieten in Berlin. – Berlin 2008 (Daten: Stand 2007)

Fallbeispiele

Wie sich die Bildungs- und Arbeitsmarktsituation in benachteiligten Quartieren verschärft, wird hier an vier Gebieten der Sozialen Stadt verdeutlicht, die gleichzeitig mit Projekten im ESF-Bundesprogramm BIWAQ gefördert werden. Sie liegen jeweils in Städten, die sich in ihren Strukturmerkmalen unterscheiden und damit unterschiedlichen Rahmenbedingungen unterliegen.

Dessau-Roßlau ist eine schrumpfende Mittelstadt in Ostdeutschland. Das Programmgebiet der Sozialen Stadt umfasst hier weite Teile der Innenstadt, wo der relative Einwohnerrückgang zwischen 1995 und 2007 doppelt so hoch war wie in der Gesamtstadt. Die Folgen sind ein überdurchschnittlich hoher Leerstand an Wohnungen (2007: 26 %), eine zunehmend älter werdende Bewohnerschaft und ein im Vergleich zur Gesamtstadt fast doppelt so hoher Anteil an Arbeitslosen (Tab. 1). Die damit verbundene geringe Kaufkraft führt wiederum zur Erosion des örtlichen Einzelhandels.[34]

Mit *Berlin* und *Köln* wurden zwei Großstädte mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangslagen ausgewählt. Ein gemeinsames Merkmal beider Städte und vor allem ihrer Programmgebiete ist der hohe Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund.

Die *Schillerpromenade* im Berliner Stadtbezirk Neukölln hat mit 51 % einen doppelt so hohen Anteil an Einwohnern mit Migrationsbiografie wie die Gesamtstadt Berlin (26 %). Der Anteil liegt auch deutlich höher als im Bezirk Neukölln (39 %; vgl. Tab. 2). Während drei Viertel der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben, liegt dieser Anteil unter den Schülern der drei Quartiersschulen sogar bei 90 %. Die Arbeitslosenquote liegt bei 17 % (Berlin: 10 %). Über 40 % der Einwohnerinnen und Einwohner beziehen Transfereinkommen, die Schuldnerquote liegt bei 32 %.[35]

Im Kölner Programmgebiet *Finkenberg* haben drei von vier Bewohnern eine Migrationsbiografie (75 %). Damit ist auch hier der Anteil mehr als doppelt so hoch wie in

der Gesamtstadt (32 %) und verweist wie im Berliner Quartier Schillerpromenade auf einen erhöhten Integrationsbedarf (Tab. 3). Dieser wird noch dadurch verstärkt, dass beinahe 90 % der Kinder und Jugendlichen eine Migrationsgeschichte aufweisen. Dabei kumuliert der hohe Migrantenanteil mit einer hohen Arbeitslosenquote (26 %); etwa ein Drittel der Bewohner beziehen Transfereinkommen. Die niedrigen Anteile der Schüler im Stadtteil, die ein Gymnasium besuchen (20 %), zeigen im Vergleich zur Gesamtstadt (45 %), dass die Jugendlichen besonders im Bereich der Bildung im Nachteil sind.

Saarbrücken ist ein Beispiel für eine schrumpfende westdeutsche Stadt, wobei das Soziale-Stadt-Gebiet *Burbach* als ehemaliges Arbeiterquartier überproportional an Bevölkeung verliert (Tab. 4). Folge des Niedergangs der Schwerindustrie ab den 1970er Jahren ist eine im Vergleich zur Gesamtstadt deutlich höhere Arbeitslosenquote (Burbach: 17 %, Saarbrücken: 10 %). Davon sind über ein Drittel Langzeitarbeitslose (37 %).

4 Handlungsansätze in benachteiligten Quartieren

Die Beschreibung der quantitativen Situation und besonders auch die vier Fallbeispiele haben den verschärften Handlungsbedarf in bestimmten Stadtquartieren und die unterschiedlichen Ausgangssituationen deutlich gemacht. Am Arbeitsmarkt Benachteiligte konzentrieren sich in bestimmten städtischen Quartieren. Daraus resultierenden, sich selbst selbstverstärkenden Effekten kann nur begegnet werden, wenn zentrale Handlungsfelder konsequent mit einem Sozialraumansatz verknüpft werden. Dieser setzt an den Lebenswelten der Bewohner und vorhandenen Netzwerken an und berücksichtigt Kontexteffekte. Maßnahmen müssen daher nicht nur lokale, sondern auch regionale Potenziale einbeziehen.

Bildung im Quartier

Gute Schulen sind ein wichtiger Standortfaktor und ein bedeutsames Argument, ob Familien mit Wahlmöglichkeiten auch im Quartier verbleiben. Entsprechend hat das Handlungsfeld „Schule und Bildung“ im Programm Soziale Stadt in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Allerdings ist als wichtige Erfahrung der Quartiersarbeit festzuhalten, dass Bildung noch zu oft allein mit der Institution Schule assoziiert wird und die Übergänge Kindergarten – Schule – Beruf wie auch der

Tabelle 3
Sozialräumliche Daten Köln/Porz-Finkenberg

Indikator	Gesamtstadt	Programmgebiet
Einwohner	997 189	6 444
Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund (in %)	32,3	75,3
Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren an allen Einwohnern unter 18 Jahren (in %)	47,5	87,2
Anteil Einwohner unter 15 Jahren (in %)	12,8	16,9
Anteil Einwohner zwischen 15 und unter 65 Jahren (in %)	69,3	62,7
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (in %)	17,9	20,3
Arbeitslosenquote (in %)*1	11,1	25,6
ALG II-Quote (in %)*2	11,4	32,2
Einwohnerentwicklung 1995 bis 2008 (in %)	1,0	-12,1
Anteil der Gymnasiasten an allen Schüler/-innen weiterführender Schulen nach Wohnort (in %)	44,9	20,3

*1 Die geschätzte Quote ist der Anteil der Arbeitslosen an der auf die Stadtteile umverteilten „Bezugszahl“ der „abhängig zivilen Erwerbspersonen“ (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). Hierzu ist die nur für die Gesamtstadt verfügbare „Bezugszahl” anteilmäßig so auf die Stadtteile verteilt worden, wie dort Einwohner mit Hauptwohnsitz im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) leben.
*2 Anteil ALGII-Empfänger an allen Einwohnern

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln: Die Kölner Stadtteile in Zahlen. – Köln 2009 (Daten: Stand 2008)

Tabelle 4
Sozialräumliche Daten Saarbrücken/Burbach

Indikator	Gesamtstadt	Programmgebiet
Einwohner	180 528	14 317
Ausländeranteil (in %)	13,2	16,9
Anteil an Einwohnern unter 15 Jahren (in %)	11,8	16,2
Anteil an Einwohnern zwischen 15 und unter 60 Jahren (in %)	62,3	61,1
Anteil an Einwohnern 60 Jahre und älter (in %)	25,9	22,7
Arbeitslosenquote (in %) *1	9,5	17,1
Anteil Langzeitarbeitslose an den Arbeitslosen	30,1	36,8
ALG-II-Quote (in %)*2	14,6	30,5
Einwohnerentwicklung 1991 bis 2008 (in %)	-6,1	-9,3
Anteil Schüler an Gymnasien, Freien Waldorfschulen, Gesamtschulen an den 17 bis 19-Jährigen (in %)	32,5	16,4

*1 Arbeitslose in % der Erwerbsfähigen (Juni 2009)
*2 Anteil Empfänger von ALG II an allen Einwohnern

Quellen: Landeshauptstadt Saarbrücken, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen: stat.info Landeshauptstadt Saarbrücken (Daten: Stand 2008), und Stadtteildossier 29.07.2009. – Saarbrücken 2009 (Stand: 2009)

Kontext der Alltagswelt zu wenig berücksichtigt werden.[36]

Für die Arbeit auf Quartiersebene bedarf es daher engerer und institutionalisierter Kooperationsstrukturen, damit die Reduktion von Bildung auf Schule überwunden wird und der Kontext der Alltagswelt verstärkt in Bildungskonzepte vor Ort einfließt. Alle Akteure – Schulen, Betriebe, Kinder- und Jugendhilfe und das Quartiersmanagement – müssen intensiver zusammenarbeiten und lokale Bildungsnetzwerke aufbauen. Das Handlungsziel kann durch eine stärkere Gebietsorientierung als Grundlage für ein „integriertes Bildungsmanagement" umgesetzt werden. Dieses schließt Sozial- und Familienpolitik ein und sollte im Quartier als integriertes Konzept verankert werden.[37]

Um die Alltagswelt der Kinder und Jugendlichen besser in die Lernprozesse von Schülern in benachteiligten Quartieren integrieren zu können, sind Ansätze gefragt, die auch außerschulisch am informellen Lernen ansetzen. Solche *informellen Lernansätze* eignen sich aufgrund der direkten Anknüpfung an die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Quartieren besonders für sozialraumorientierte Strategien der Bildungspolitik. Darüber hinaus bieten sie hohes Potenzial für die Kompensation primärer Herkunftseffekte, indem sie die kognitive und soziale Entwicklung benachteiligter junger Menschen durch neue und zusätzliche Anregungen und Erfahrungen fördern: „Im Alltag von Kindern und Jugendlichen gibt es eine Reihe von Lernorten, überwiegend non-formaler Art, die Bildungsprozesse auf der Grundlage von aktiver Beteiligung und Mitwirkung ermöglichen. (...) Auch wenn die durch solche Aktivitäten erworbenen Kompetenzen derzeit (noch) nicht standardisiert erhoben und analysiert werden können, geben zahlreiche empirische Studien Hinweise auf die Teilnehmerstruktur und auf die Bildungsrelevanz der Angebote".[38]

Allerdings gibt es im Hinblick auf den tatsächlichen Kompetenzerwerb in informellen und nicht-formalen Lernumwelten sowie die Wechselwirkungen zwischen außerschulisch erworbenen Kompetenzen und formalen Bildungsprozessen weiteren Forschungsbedarf. Daher sollten – auch um die Forschung in diesem Feld voranzutreiben – solche Ansätze verstärkt bei der Weiterentwicklung sozialraumorientierter Bildungsansätze berücksichtigt werden, dies im Übrigen ohne Altersbeschränkung der Zielgruppe.

Übergang Schule – Beruf und Integration in Ausbildung

In Kapitel 2 wurde u. a. das Fehlen eines konkreten Bildungswunsches als Risikofaktor für die Integration von Jugendlichen in die Ausbildung herausgearbeitet. Um die Bildungswünsche der Jugendlichen zu fördern und damit auch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern, sind Angebote der vertieften *Berufsorientierung* wie z. B. Orientierungskurse oder Praxisunterricht besonders wichtig. Sie müssen frühzeitig in der Sekundarstufe I – je nach Schulform bereits ab der 5. Klasse – einsetzen, das praktische Lernen der Schüler fördern und sie an die Berufswelt heranführen. Solche Angebote sollten weiter verbessert und ausgebaut werden. Vor dem Hintergrund des Forschungsstands zu sozialer Mobilität ist die Einbeziehung der Eltern dabei von zentraler Bedeutung.

Um die verschiedenen Risikofaktoren insgesamt effizienter berücksichtigen zu können – insbesondere den Faktor „Wohnregion" –, ergibt sich ein grundlegender Bedarf für ein regionales und kommunales *Bildungsmanagement*, das die verschiedenen Bildungsangebote und Akteure auf Ebene der Quartiere, der Stadt und der Region vernetzt. Dabei geht es um ein gemeinsames Verständnis von ineinandergreifenden Bildungsphasen, die das kontinuierliche Lernen in der Bildungsbiografie strukturell fördern. Relevante Netzwerkakteure sind dabei:[39]

- lokale und regionale Unternehmen, um ihren Fachkräftebedarf quantitativ und qualitativ passgenauer decken zu können
- die Bildungseinrichtungen (Schulen, Jugendberufshilfe, Bildungsträger), damit diese ihre Aufgaben zielgerechter wahrnehmen können
- die Jugendarbeit mit Angeboten, die die Bildungsarbeit unterstützen
- die Akteure in Verwaltungen, politischen Institutionen und Verbänden, die konkrete Anforderungen aus der Abstimmung in den Netzwerken in ihrer Arbeitspraxis berücksichtigen können.

Über die Vernetzung der Akteure in den *Bildungsnetzwerken* hinaus sollte eine stärkere Abstimmung und Verknüpfung regionaler Bildungsangebote und -kapazitäten erreicht werden. Im Hinblick auf den Übergang von der Schule in den Beruf bedeutet dies eine bessere Vernetzung schulischer Angebote mit den Aktivitäten der (außer-) betrieblichen Berufsausbildung. Das Ziel ist, durch effizienteren Einsatz der Ressourcen Bildungsumwege und unproduktive Warteschleifen zu verhindern und stattdessen Bildungsketten zu knüpfen, mit denen gescheiterte Bildungsverläufe möglichst vermieden werden können. Dabei ist die Öffnung des Bildungswesens für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld der Region, der Kommune oder des Quartiers – und letztendlich für die Lebenswelten der Jugendlichen – eine Grundvoraussetzung.

Integration Langzeitarbeitsloser in Arbeit

Erwerbseinkommen ist nicht der einzige Weg aus dem Armutsrisiko, aber ein entscheidender. Arbeit hat darüber hinaus eine bedeutsame Funktion für gesellschaftliche Teilhabe und ist damit ein wichtiges Instrument zur Vermeidung sozialer Isolation. Die psycho-sozialen Wirkungen von Arbeitslosigkeit sind bereits seit der soziographischen Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“[40] aus dem Jahr 1933 hinlänglich bekannt und erforscht.

Während sich in der Jugendarbeit der sozialraumorientierte Ansatz in den letzten Jahrzehnten fest verankert hat, besteht in der quartiersbezogenen Arbeit mit Langzeitarbeitslosen noch erheblicher Nachholbedarf. Da die sozialen Netzwerke der Betroffenen aufgrund ihrer sozialen Isolation häufig lokal begrenzt sind, können sie kein „brückenbildendes Sozialkapital“ aufbauen; z. B. verfügen sie häufig nicht über persönliche Kontakte, die ihnen bei der Arbeitsplatzsuche nützlich wären. Die Evaluation des ESF-Sonderprogramms „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ (Vorgängerprogramm BIWAQ) hatte daher zum Ergebnis, dass gerade bei dieser Zielgruppe eine sozialraumorientierte Förderung vor Ort erforderlich ist, um sie aufgrund ihrer geringeren sozialen und räumlichen Mobilität im eigenen Wohnumfeld zu erreichen und ihre sozialen Netzwerke weiter zu entwickeln.[41]

Der Mehrwert sozialraumorientierter Ansätze der Arbeitsmarktpolitik besteht hier darin, die Projekte vor Ort durchzuführen und die Langzeitarbeitslosen unter Einbeziehung lokaler Akteure wie z. B. Quartiersmanagement, Bürgervereine oder Migrantenselbstorganisationen gezielt im sozialen Umfeld anzusprechen. Das Engagement lokal gefasster Akteure in Netzwerken und die Herstellung lokaler Bezüge sind dabei wichtige Erfolgsfaktoren, um lokale und regionale Unternehmen für die Belange dieser und anderer Zielgruppen in den Quartieren zu sensibilisieren und zu aktivieren.[42]

Allerdings konstatieren die Praktiker vor Ort, dass die Institutionen der Arbeitsverwaltung (ARGEn, Optionskommunen, lokale Agenturen für Arbeit) nur unzureichend in lokale Netzwerke der Beschäftigungsförderung eingebunden sind. Hier bildet sich ein bedeutsames Spannungsverhältnis zwischen der Individualorientierung der Arbeitsmarktakteure und der Sozialraumorientierung der Quartiersarbeit heraus. Während die Arbeitsförderung vom Individualanspruch der Betroffenen ausgeht, stellt die Quartiersarbeit in einer sozialräumlichen Perspektive das Quartier und seine Bewohnerschaft in den Fokus. Um das Spannungsverhältnis zwischen beiden Sichtweisen aufzulösen und arbeitsmarktpolitische Instrumente explizit lebenswelt- und sozialraumorientiert einsetzen zu können, gilt es die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Institutionen der Arbeitsverwaltung verbindlicher in die lokalen Akteursnetzwerke eingebunden und die Förderinstrumente enger mit sozialräumlichen Strategien verknüpft werden.[43]

In diesem Zusammenhang bilden lokale Beschäftigungspotenziale einen Ansatz, um für Langzeitarbeitslose in benachteiligten Quartieren Erwerbsperspektiven zu schaffen. Wenn bestimmte (für privatwirtschaftliche Firmen unrentable) Angebote in den Städten weder von den Kommunen finanziert noch über ehrenamtliche Aktivitäten abgedeckt werden können, bieten sich diese für öffentlich (mit)finanzierte, gemeinwohlorientierte Beschäftigungsfelder an. Beispiele dafür sind neben öffentlichen Aufgaben (z. B. Pflege von Grünanlagen) wohnortnahe Dienstleistungen für (ältere) Quartiersbewohner (z. B. Organisation einer Tafel, Bring- und Begleitdienste) und soziokulturelle Angebote (z. B. Aktivitäten im Breitensport). Solche Beschäftigungsansätze werden von Projekten im Programm BIWAQ z. B. im Rahmen

sozialer Betriebe erprobt, die die Langzeitarbeitslosen aus den Quartieren beschäftigen und gemeinwohlorientierte Arbeitsangebote entwickeln und umsetzen.[44]

Lokale Ökonomie

Wegen der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Problemlagen der Quartiere bleibt die lokale Ökonomie ein schwieriges Handlungsfeld. Daher ist eine zentrale Rahmenbedingung für die Entwicklung quartiersorientierter Wirtschaftskonzepte die Berücksichtigung lokaler und regionaler Kontexte der Wirtschaftsentwicklung. Weitere Rahmenbedingungen neben gezielter Unterstützung neuer betrieblicher Existenzgründungen sind die Unternehmensentwicklung bestehender lokaler Betriebe und die stärkere Kooperation kommunaler Akteure der Wirtschaftsförderung, die Vernetzung der Unternehmen vor Ort und ihre aktive Beteiligung an der Stadtteilentwicklung sowie die Förderung der Migrantenökonomie.[45] Ein wichtiger Baustein, der in engem Zusammenhang mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose steht, sind der Ausbau und die Förderung der Gemeinwesenökonomie, z. B. in Form tragfähiger sozialer Betriebe (siehe oben).

Die Unterstützung der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung der Quartiere ist auch eine Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik. Neben BIWAQ und seinem Vorgängerprogramm wurden im Forschungsfeld „Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft“ (2006–09) des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) quartiersorientierte Wirtschaftskonzepte erprobt. Sie sollten dazu beitragen, in Deutschland eine dritte Säule der Stadtentwicklungspolitik zu etablieren, die neben städtebaulicher Erneuerung und sozialen Belangen auch die Stärkung der lokalen Wirtschaft im Blick hat und damit wiederum sozialen Anliegen zugute kommt.[46]

Auf Grundlage der Erfahrungen mit der lokalen Wirtschaft in der sozialen Stadtentwicklung ergeben sich folgende konkrete Handlungsansätze zur Förderung der lokalen Ökonomie in benachteiligten Quartieren:[47]

- Imageaufwertung: Das Quartiers- und Geschäftsstraßenmarketing sollte es sich zum Ziel setzen, besondere wirtschaftliche Merkmale herauszuarbeiten, die auch über die Stadtteilgrenzen hinaus positiv wahrgenommen werden.[48]
- Um die wirtschaftlichen Potenziale der Quartiere effizienter zu nutzen, sollten die lokalen Betriebe (stärker) vernetzt werden. Dabei sind auch die Mikrounternehmen, „kleine“ Gründer und die Migrantenökonomie zu berücksichtigen.
- Neben dem Aufbau lokaler Unternehmensnetzwerke bedarf es zur Stabilisierung der Quartiersökonomie der Einbindung lokaler Wirtschaftskonzepte in eine kommunale oder regionale Wirtschaftsstrategie. Hierfür werden starke Partner gebraucht, z. B. stadtweit, regional oder überregional aktive Unternehmen, die Interesse an der Entwicklung der lokalen Wirtschaft haben.[49]
- Die lokalen Akteure (Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer, Wirtschaftsförderung etc.) sollten ein aktives Leerstandsmanagement betreiben. Neben der Besetzung vakanter Gewerbeeinheiten mit quartiersorientierten Existenzgründungen können auch Zwischennutzungen (z. B. kulturelle Aktivitäten) ein Ansatz sein, um der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung im Quartier entgegenzuwirken.
- Die Migrantenökonomie gewinnt für die lokale Wirtschaftsentwicklung und die Integration an Bedeutung. Allerdings benötigen die Migrantenbetriebe betriebswirtschaftliches Know-how. Darüber hinaus sollten die Kooperationsstrukturen zwischen deutschen und Migrantenunternehmen weiter gefördert und die (kultursensible) Beratung der Wirtschaftsförderung ausgebaut werden.
- Ein Grundproblem der Betriebe in prekären Quartieren ist der Zugang zu Kapital. Hier können quartiersorientierte Konzepte der Mikrofinanzierung ansetzen. „Kleine“ Gründer und Mikrounternehmen, die im standardisierten Bankgeschäft keine Kredite erhalten, können für ihre unternehmerischen Aktivitäten Mikrokredite in Anspruch nehmen, um sich mit Gründungs- oder Auftragskapital zu versorgen.[50]

5 Fazit und Ausblick

Es ist damit zu rechnen, dass die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise die Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere zwar zeitlich verzögert, aber umso härter treffen werden. Mit dem für das laufende Jahr erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit wird es für sie noch schwerer, in der Konkurrenz um ein verknapptes Angebot an Arbeitsplätzen zu bestehen und einen Weg aus staatlichem Transfereinkommen zu finden. Ein weiterer Aspekt ist die finanzielle Situation der Kommunen, die sich durch den Einbruch der Gewerbesteuer dramatisch verschärft hat. Für kommunale Maßnahmen zur Gegensteuerung wird der Handlungsspielraum erheblich geringer.

Einer Schätzung des Bundesinstituts für Bau, Stadt und Raumforschung (BBSR) zufolge deckt das Programm Soziale Stadt derzeit nur ein Viertel aller Quartiere ab, in denen ein Handlungsbedarf für sozialraumorientierte Fördermaßnahmen besteht. Die nach wie vor hohe Bedeutung des Programms wird auch regelmäßig in Umfragen belegt, so z. B. in einer aktuellen Umfrage zum städtebaulichen Förderbedarf bis 2013 bei Kommunen aller Größenklassen. Die soziale Stadtentwicklung gehört demnach auch in Zukunft zu den zentralen Handlungsfeldern der Stadtentwicklungspolitik. Der Bedarf für Neuaufnahmen und die Umfragen belegen die Notwendigkeit der mittel- bis langfristigen Fortführung des Programms mit entsprechender Finanzausstattung.[51]

Aufbauend auf Erfahrungen aus vorausgegangenen Programmen und Modellvorhaben engagiert sich das BMVBS[52] mit der Auflage des ESF-Bundesprogramms „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ im April 2008 daher erstmals in größerem Umfang in der sozialraumorientierten Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.[53] Das hohe bundesweite Interesse an diesem Programm unterstreicht die zunehmende Bedeutung sozialer und arbeitsmarktbezogener Maßnahmen auf der Quartiersebene. Dies belegen nicht nur die vielen eingereichten Interessenbekundungen in der ersten Förderrunde – insgesamt 500 aus allen Gemeindegrößenklassen –, sondern auch die Ergebnisse der im Rahmen der Studie „Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung“ durchgeführten Umfrage bei den Kommunen zu den Förderprogrammen des Bundes. Demnach bewerteten etwa zwei Fünftel (41%) der an der Befragung teilnehmenden Kommunen BIWAQ als sehr wichtiges Programm. Die Soziale Stadt als Leitprogramm von BIWAQ landete in der Bewertung mit rund drei Vierteln (74 %) als wichtigstes Programm auf Rang eins.[54]

Daneben fördert das ESF-Programm „Stärken vor Ort (Lokales Kapital für soziale Zwecke)“ des BMFSFJ soziale Mikroprojekte, die sich u. a. räumlich auf die Gebietskulisse der Sozialen Stadt beziehen. Auch die Länder und Kommunen erproben Ansätze zur Förderung der Bildung, die auf Ebene der Quartiere, Städte und Regionen ansetzen, z. B. die NRW-Modellvorhaben „Selbständige Schule“ oder die „Bildungsregion Freiburg“.[55]

Neben explizit sozialraumorientierten Programmen gibt es eine ganze Reihe von Programmen mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischer und vorrangig personenbezogener Zielsetzung. Dem o.g. Gutachten zur nachhaltigen Stadtentwicklung zufolge scheint deren Einbindung in integrierte Entwicklungsstrategien für die benachteiligten Quartiere gut zu funktionieren. Allerdings sieht es noch weiteres Potenzial bei Programmen einzelner Ressorts (BMAS, BMBF, BMFSFJ, BMG), die benachteiligte Bevölkerungsgruppen ansprechen. Deren Ansätze könnten auf eine räumliche Orientierung hin überprüft werden.[56]

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) erkennt verstärkt den Mehrwert sozialraumorientierter Ansätze, wie die von ihr im Juli 2009 in Kiel durchgeführte Tagung „Jobcenter – Akteure im Sozialraum!“ zeigt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden u. a. Erkenntnisse aus der sozialraumorientierten Fallarbeit der Arbeitsverwaltung in Kiel vorgestellt. BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt betonte in seinem Vortrag „Quartiersarbeit und beschäftigungsorientiertes Fallmanagement“: „Quartiersarbeit ist Netzwerkarbeit par excellence. (…) Es gilt, die Probleme der (Betroffenen) vollständig zu erfassen, denn Arbeitslosigkeit ist meist nur ein Problem“[57]. Damit stellte er die Bedeutung des Quartiersbezugs für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen heraus. Auf diese Weise können die vielfältigen Probleme benachteiligter Bevölkerungsgruppen im sozialräumlichen Kontext durch ein integriertes und mit ver-

schiedenen Akteuren abgestimmtes Vorgehen effizienter angegangen werden.

Dass die Herausforderungen auch in Zukunft nicht nachlassen werden, zeigt der Blick auf die nachkommende Generation. Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Quartieren der Großstädte hat mittlerweile eine Migrationsbiografie.[58] Neben materieller Armut zeigen sich gerade in diesen Quartieren bei den Kindern und Jugendlichen verstärkt Entwicklungsdefizite und Unterversorgung mit der Folge gesundheitlicher Probleme und sozialer Benachteiligungen.[59] Die Verwirklichungschancen von Kindern aus bildungsfernen Familien, besonders solchen mit Migrationsgeschichte, bleiben oft schon in der Grundschule hinter denen anderer Kinder zurück.[60] Dass die Wirkungskette für Bildungschancen bzw. -benachteiligung noch früher einsetzt, hat beispielsweise die Bertelsmann Stiftung in ihrer Studie zu langfristigen Bildungseffekten bei Krippenkindern nachgewiesen.[61]

Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen werden die Folgen dieser erschwerten Kindheit in wenigen Jahren bei den jungen Erwachsenen in den Großstädten spürbar sein. Angesichts des demographischen Wandels führt kein Weg daran vorbei, Bildung vor allem in prekären Quartieren zum Schlüsselthema zu machen, wenn es gelingen soll, das soziale Auseinanderdriften aufzuhalten. Diese Erkenntnis wird auch von der Bundesagentur für Arbeit geteilt. Das BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker konstatierte daher in seiner Rede zur präventiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Tagung „Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung“ des IAB im Juni 2009 in Nürnberg, dass präventive Arbeitsmarktpolitik bereits im Kindergarten ansetzen sollte: „Eigentlich müssten wir schon im Kindergarten anfangen. Arbeitsmarktpolitik beginnt schon im Kindergarten“[62].

Die Bedeutung frühzeitiger Bildungsförderung zur Unterstützung einer späteren nachhaltigen Eingliederung benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Arbeit und Bildung wird auch auf EU-Ebene betont. Im aktuellen Strategiepapier zur Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie in einer neuen EU-Strategie bis 2020 ist die Stärkung des Bildungswesens eines der zentralen Ziele in der Handlungspriorität „Wertschöpfung und wissensbasiertes Wachstum“. Dabei soll insbesondere Lerndefiziten benachteiligter Bevölkerungsgruppen und vorzeitigen Schulabbrüchen entgegengewirkt werden. Auch der „Barca-Bericht“ zur Weiterentwicklung der europäischen Kohäsionspolitik empfiehlt zur besseren sozialen Integration von Kindern frühzeitige Maßnahmen, um der Kinderarmut zu begegnen und damit die Beschäftigungspolitik zu unterstützen.[63]

Verständigt man sich darauf, dass präventive Arbeitsmarktpolitik schon in der Kindheit ansetzt, bieten vor allem sozialraumorientierte Ansätze für benachteiligte Quartiere einen besonderen Mehrwert. Gerade von den Kindern aus diesen Quartieren weiß man, dass sie ihr Wohnumfeld kaum verlassen und daher in besonderem Maße von diesem geprägt sind. Zum Einsatz kommende Strategien müssen daher an ihren Lebenswelten ansetzen, Erfahrungsräume über den Wohnort hinaus ermöglichen und damit gleichzeitig räumliche und soziale Mobilität fördern. Der Wohnort wird so nicht zur Falle, sondern zum Potenzial!

Anmerkungen

(1)
Nach Eurostat gilt als armutsgefährdet, wer inklusive sozialer Transferleistungen weniger als 60 % des jeweiligen national verfügbaren Median-Einkommens zur Verfügung hat; vgl. hierzu Destatis, GESIS-ZUMA, WZB (Hrsg.): Datenreport 2008: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. – Bonn 2008, S. 430. Ohne staatliche Transferleistungen wäre laut dem 3. Armutsbericht der Bundesregierung die Armutsrisikoquote insgesamt doppelt, bei Kindern sogar dreimal so hoch; vgl. Die Bundesregierung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. – o.O. 2008

(2)
Vgl. Destatis et al.: Datenreport 2008, a.a.O., S. 168

(3)
Vgl. Möller, J.; Walwei, U.; Koch, S.; Kupka, P.; Steinke, J.: Fünf Jahre SGB II: Eine IAB-Bilanz: Der Arbeitsmarkt hat profitiert. – Nürnberg 2009, S. 3. = IAB Kurzbericht 29/2009

(4)
Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend (Hrsg.): Dossier Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. – Berlin 2008, S. 12 f. und Die Bundesregierung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland, a.a.O., S. 101

(5)
Vgl. zu den Angaben Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht. – Bonn 2009, S. 29, 38, 56. Mit der „Dresdner Erklärung“ von 2008 haben sich Bund und Länder u.a. das Ziel gesetzt, die Quote der Schulabgänger, die ohne Abschluss die Schule verlassen, bis 2015 auf 4 % und den Anteil der Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf 8,5 % zu senken (2008: 17 %). Vgl. hierzu Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2009. – Bonn 2009, S. 6

(6)
Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Ausbildungsreport 2009. – Berlin 2009, S. 8

(7)
Vgl. zu Angaben der Schulanteile Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1998 bis 2007, S. VIII. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Dokumentation Nr. 186 – März 2009. In der Grundgesamtheit sind nicht die Förderschulen enthalten. Zu den Angaben der Schüler mit Migrationsbiografie siehe Solga, H.; Dombrowski, R. (Bearb.); Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf. – Düsseldorf 2009. = Arbeitspapier 171. Eine Reihe von Forschungsarbeiten belegt eine „institutionelle Diskriminierung“ von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund; vgl. hierzu Geißler, R.; Weber-Menges, S.: Migrantenkinder im Bildungssystem: doppelt benachteiligt. Aus Politik und Zeitgeschichte (2008) 49, S. 14–27

(8)
Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Der Ausbildungsmarkt in Deutschland – Berufsberatungsjahr 2008/2009. – Nürnberg 2009 (Stand Oktober 2009; www.pub.arbeitsagentur.de)

(9)
Das „Übergangssystem“ bezeichnet eine dritte Form beruflicher Bildung, die sich in den 1990er Jahren entwickelt hat. Im 1. Nationalen Bildungsbericht (2006) wird das Übergangssystem neben der vollschulischen Berufsbildung und dem dualen System gleichwertig genannt. Es handelt sich dabei um mehrere kurzfristige Bildungsangebote, die nach dem allgemeinbildenden Schulabschluss den Übergang in eine qualifizierende Berufsausbildung erleichtern sollen. Vgl. hierzu Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. – Bielefeld 2006, S. 79

(10)
Vgl. Solga, H.: Der Blick nach vorn: Herausforderungen an das deutsche Ausbildungssystem. Thesenpapier zum Symposium des WZB am 19.11.2009. = WZB-Discussion Paper SP I 2009-507, S. 9 f.

(11)
Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktberichterstattung, a.a.O., S. 15

(12)
Vgl. Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Sekundarbereich I. im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. – Bielefeld 2008, S. 11, 211

(13)
„Eine Person kann als ausbildungsreif bezeichnet werden, wenn sie die allgemeinen Merkmale der Bildungs- und Arbeitsfähigkeit erfüllt und die Mindestvoraussetzungen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung mitbringt. Dabei wird von den spezifischen Anforderungen einzelner Berufe abgesehen, die zur Beurteilung der Eignung für den jeweiligen Beruf herangezogen werden (Berufseignung). Fehlende Ausbildungsreife zu einem gegebenen Zeitpunkt schließt nicht aus, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt erreicht werden kann.“ In: Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland – Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife. – Nürnberg 2006, S. 7

(14)
Vgl. Deutsche Industrie- und Handelskammer: Ausbildung 2009. Ergebnisse einer Online-Befragung. März 2009, S. 23 ff. (www.dihk.de). Das zweitwichtigste Hemmnis „Unsichere wirtschaftliche Perspektive“ führten in der Umfrage hingegen nur 31% der Betriebe an.

(15)
Soziale Mobilität beschreibt das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen Klassenposition befinden als ihre Elterngeneration. Hierbei wird untersucht, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften Klassenpositionen gelingt, für sich selbst vorteilhafte Klassenpositionen zu erreichen bzw. inwieweit Kinder mit vorteilhafter Klassenherkunft später in weniger vorteilhafte Klassenpositionen absteigen. Der Umfang sozialer Mobilität kann somit auch als Maß für die Chancengleichheit von Kindern aus verschiedenen sozialen Milieus interpretiert werden. Vgl. hierzu Destatis et al.: Datenreport 2008, a.a.O., S. 180

(16)
Zur Studie vgl. Beicht, U.; Friedrich, M.; Joachim, G.U. (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. – Bielefeld 2008. Die hier vorgestellten Ergebnisse sind dokumentiert in: Beicht, U.; Joachim, G.U.: Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiografie. – Bonn 2008. = BIBB Report 6/08

(17)
Zu weiteren Risikofaktoren vgl. Beicht, U.; Joachim, G.U.: Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? A.a.O.

(18)
Vgl. BMBF(Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2009. – Bonn 2009, S. 18

(19)
Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen. Vgl. zu den Angaben: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, a.a.O. und: Pressinfo 001 vom 5.1.2010 (www.arbeitsagentur.de). Anzumerken ist, dass sich der Anteil Langzeitarbeitsloser in konjunkturellen Abschwungphasen auch deshalb verringert, weil viele neue Arbeitslose mit zunächst kurzen Verweilzeiten in den Arbeitslosenbestand eingehen. Als langzeitarbeitslos gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet waren. Die Daten zu den Langzeitarbeitslosen beziehen sich auf den Stand Oktober 2009.

(20)
Vgl. Arlt, A.; Dietz, M.; Walwei, U.: Besserung für Ältere am Arbeitsmarkt: Nicht alles ist Konjunktur. – Nürnberg 2009. = IAB Kurzbericht 12/2009

(21)
Vgl. Kalina, T.; Weinkopf, C.: Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen. Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation. – Essen 2009. = IAQ-Report 2009-5

(22)
Zur Entwicklung benachteiligter Quartiere vgl. auch Mansel, J.; Heitmeyer, W.: Prekariat, Segregation und Armut im Sozialraum. Ein Überblick zum Forschungsstand. Dt. Z. f. Kommunalwiss. (2009) II, S. 5–20

(23)
Wenn es um handfeste Daten geht, wird dem Quartiersbegriff aufgrund seiner etymologischen Herkunft, dem lateinischen „quarterium“, der Vorzug gegenüber dem Sozialraumbegriff gegeben. Vgl. hierzu und für detaillierte Erläuterungen zum Sozialraumbegriff Alisch i.d.H.

(24)
Die Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB) ist ein Datenprojekt des BBSR und wird in Kooperation mit den beteiligten Städten durchgeführt. Für mehr Informationen zu Konzept, Methoden und Auswertungen der IRB vgl. u.a. BBR (Hrsg.): Innerstädtische Raumbeobachtung: Methoden und Analysen. – Bonn 2007. = Berichte, Band 25

(25)
Die Microm-Indikatoren wurden dem SOEP mithilfe der exakten Adresse der Befragungshaushalte auf Basis von Häuserblocks zugespielt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen erfolgte diese Verknüpfung bei Infratest Sozialforschung, das die Feldarbeit für das SOEP durchführt und allein die Adressen der Befragten kennt. Die Anonymität der Befragungshaushalte wird dabei gewahrt. Vgl. hierzu BMVBS/BBSR (Hrsg.): Trends und Ausmaße der Polarisierung in deutschen Städten. – Bonn 2009. = Forschungen, Heft 137, S. 44 ff. (Bearb.: IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung – DIW)

(26)
Vgl. zur Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie ebda., S. 80 f.

(27)
Vgl. zu Ergebnissen der Studie BMVBS/BBR (Hrsg.) Integration vor Ort. Der Nationale Integrationsplan – Zwischenbilanz. – Berlin, Bonn 2008 (Bearb.: empirica ag). Da die Angaben in amtlichen Daten zu allen Personen mit Migrationshintergrund nach der Definition im Mikrozensus 2005 sich in ihrer räumlichen Tiefe auf die Ebene der Kreise beschränken, hat empirica für die ExWoSt-Studie auf verschiedenen räumlichen Ebenen (Stadt, Stadtteile, Blockebene) unterschiedliche Datengrundlagen (u.a. Mikrozensus, SOEP, IRB, Marktdaten) genutzt. So konnten Einschätzungen zu den tatsächlichen Migrantenanteilen in den untersuchten Quartieren gemacht werden. Vgl. zum methodischen Ansatz BBSR (Hrsg.): Migration/Integration und Stadtteilpolitik. – Bonn 2009. = ExWoSt-Informationen 34/1, S. 4 f. Zur Definition im Mikrozensus 2005 vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland. Haushalte, Familie und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. – Wiesbaden 2005/2006, S. 73 ff.

(28)
Vgl. hierzu die Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie in: BBSR (Hrsg.): Migration/Integration und Stadtteilpolitik. – Bonn 2009. = ExWoSt-Informationen 34/2, S. 4–7

(29)
PISA ist das „Program for International Student Assessment” der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD). Zur Auswertung und weiteren Ergebnissen vgl. BMVBS/BBR (Hrsg.): Integration vor Ort, a.a.O., S. 16 ff.

(30)
Solga, H.; Dombrowski, R.: Soziale Ungleichheiten, a.a.O., S. 28. Die „Kontexteffekte“ beziehen sich dabei auf die Frage nach ungleichen „Lernumwelten“ als einen Mechanismus, der im Zusammenhang mit dem Einfluss der Migrationsbiografie auf den Bildungserfolg eine Rolle spielen kann. „Hierbei sind die räumliche Segregation von Wohnorten und Schuleinzugsgebieten sowie die ungleichen Chancen des Zugangs zu den unterschiedlichen Sekundarschultypen wichtige Faktoren der Definition von Klassenkontexten als Lernumwelten“ (ebda., S. 28).

(31)
Vgl. hierzu BMVBS (Hrsg.): Statusbericht zum Programm Soziale Stadt 2008. – Berlin 2008 und Kocks, M.; Güles, O.: Städte in sozialer Verantwortung. Informationen z. Raumentwicklung (2009) H. 3/4, S. 221–241

(32)
Vgl. dazu: Bundestranferstelle Soziale Stadt (Hrsg.): Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“. Endbericht zur Auswertung. – Berlin 2006

(33)
Die Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt wurde 2004 im Auftrag des BMVBS und des BBR durchgeführt. Vgl. BMVBS/BBR (Hrsg.): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. – Berlin 2004 (Bearb.: IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH) (www.sozialestadt.de)

(34)
Vgl. Büro Stephan Westermann: Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt. Dessauer Innenstadt. Auftraggeber: Stadt Dessau-Roßlau, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege. – Dessau-Roßlau 2008

(35)
Vgl. BSG – Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft: Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept Quartiersmanagement Schillerpromenade (mit Jahresbilanz 2008). – Berlin/Potsdam 2009

(36)
Vgl. hierzu auch Deutsches Institut für Urbanistik – difu (Hrsg.): Fachtagung zur Sozialen Stadt „Bildung im Stadtteil“. Dokumentation der Veranstaltung am 30. Mai 2005 in Berlin. – Berlin 2005. = Arbeitspapiere Soziale Stadt, Band 11

(37)
Zum Ansatz des „integrierten Bildungsmanagements“ vgl. BMVBS (Hrsg.): Integration vor Ort, a.a.O., S. 44

(38)
Solga, H.; Dombrowski, R.: Soziale Ungleichheiten, a.a.O., S. 39. Zitiert nach: Hollenbach, N.; Meier, U.: Lernen am Nachmittag – Häusliche Unterstützung und bezahlte Nachhilfe von 15-Jährigen. In: Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler. Vertiefende Analysen der PISA-2000-Daten zum Kontext von Schülerleistungen. Hrsg.: Schümer, G.; Tillmann, K.-J.; Weiß, M. – Wiesbaden, 2004, S. 165-186. In verschiedenen Quartiersprojekten der Sozialen Stadt und in den Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (NSP), die sich zum Handlungsfeld „Bildung im Stadtteil“ zusammengeschlossen haben, wurden solche Ansätze informellen Lernens erprobt. Vgl. hierzu Steffen sowie Burgdorff/Herrmann-Lobreyer i.d.H.

(39)
Vgl. hierzu den Kommentar des BIBB-Präsidenten Manfred Kremer: Bildungsketten wirksam knüpfen. Berufsbildung in Wissenschaft u. Praxis (2009) Nr. 2, S. 3–4. Zu Ansatz und Praxisbeispielen des kommunalen Übergangsmanagements vgl. Kühnlein/Klein i.d.H.

(40)
Vgl. zum Text der Studie Jahoda, M.; Lazarsfeld, P.F.; Zeisel, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal: Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. – Frankfurt/M. 2007 (Neuaufl.)

(41)
Vgl. zum Aspekt der sozialen Netzwerke benachteiligter Bewohnergruppen in prekären Quartieren u.a. Groeger-Roth/Neumeier/Thies und zu den Ergebnissen der Evaluation des ESF-Sonderprogramms Güles/Wagener i.d.H.

(42)
Vgl. zur Bedeutung lokaler Netzwerke in der Beschäftigungsförderung Toepffer i.d.H.

(43)
Vgl. hierzu Groeger-Roth/Neumeier/Thies i.d.H. Schwierigkeiten bei der Kooperation mit den Institutionen der Arbeitsverwaltung im Hinblick auf die Sozialraumorientierung wurden auch in der Evaluation des ESF-Sonderprogramms identifiziert; siehe hierzu Güles/Wagener i.d.H.

(44)
Vgl. für ausführliche Erläuterungen zu den Beschäftigungsfeldern Groeger-Roth/Neumeier/Thies i.d.H. Dort werden die Ideen für die Beschäftigungsfelder auf Basis der Definition der Bundesagentur für Arbeit für „Alternative Beschäftigungsformen“ entwickelt. Zu den BIWAQ-Projekten vgl. BMVBS/BBSR (Hrsg.): 1. Statusbericht BIWAQ 2009. – Bonn 2010 (in Bearbeitung). Ein Beispiel ist das BIWAQ-Projekt „Cantina International“ in Ingolstadt. Für mehr Informationen vgl. den Projektsteckbrief unter www.biwaq.de

(45)
Vgl. zum Handlungsfeld „lokale Ökonomie“ in der Sozialen Stadt BMVBS (Hrsg.): Integration vor Ort, a.a.O., S. 63 ff.

(46)
Vgl. hierzu Jakubowski, P.; Koch, A.: Stärkung der lokalen Ökonomie – eine stadtentwicklungspolitische Aufgabe. Informationen z. Raumentwicklung (2009) H. 3/4, S. 241–253

(47)
Vgl. BMVBS (Hrsg.): Stadtentwicklungsbericht 2008: Neue urbane Lebens- und Handlungsräume. – Berlin 2009. = Stadtentwicklungspolitik in Deutschland, Band 1, S. 86 f., 96 f.

(48)
So zeigt das Beispiel des Hochzeitsclusters im Soziale-Stadt-Gebiet Duisburg-Marxloh, wie durch die gezielte Vermarktung eines kleinräumigen Clusters für Braut- und Abendmoden Profil und Image des Quartiers aufgewertet werden kann. Das Hochzeitscluster ist Kernbaustein des BIWAQ-Projekts „Lokale Ökonomie Marxloh“ (LÖM); vgl. hierzu Gorres/Sucato/Yıldırım i.d.H.

(49)
Die Partner könnten zur Kooperation z. B. über Konzepte des Corporate Social Responsibility (CSR) motiviert werden. Bei CSR handelt es sich um Konzepte, die Unternehmen als Grundlage dienen, um auf freiwilliger Basis soziale oder Umweltbelange in ihre Unternehmensaktivitäten und Beziehungen mit anderen Akteuren zu integrieren. Vgl. hierzu u.a. Porter, M.E.; Kramer, M.R.: Strategy and society: The link between competitive advantage and corporate social responsibility. Harvard Business Review (2006) 84, S. 78–92

(50)
In diesem Zusammenhang entwickelt das BIWAQ-Projekt „Mikrofinanz im Quartier“ (MIQUA) Ansätze der Mikrofinanzierung aus dem des ExWost-Forschungsfeld „Lokale Wirtschaft“ weiter, indem es eine interkommunale Mikrofinanzstruktur für Gebiete der Sozialen Stadt aufbaut. Für mehr Informationen vgl. den Projektsteckbrief MIQUA unter www.biwaq.de

(51)
Zur Schätzung des BBSR vgl. Göddecke-Stellmann, J.; Kocks, M.: Die Soziale Stadt – acht Jahre Städtebauförderung für eine sozial orientierte Stadtpolitik. Informationen z. Raumentwicklung (2007) H. 6, S. 394 f., zur Umfrage zum städtebaulichen Förderbedarf BMVBS/BBR (Hrsg.): Städtebaulicher Investitions- und Förderbedarf 2007-2013. – Bonn 2008. = Forschungen, Heft 132

(52)
Zu den Abkürzungen der Fachressorts in Kap. 5: BMVBS: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, BMAS: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMG: Bundesministerium für Gesundheit

(53)
Für ausführliche Informationen zu BIWAQ vgl. Wagner i.d.H.

(54)
Vgl. BMVBS/BBSR (Hrsg.): Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung. – Bonn 2009. = BBSR-Online-Publikation 35/2009, S. 75. Der Bearbeiter, das Deutsche Institut für Urbanistik, führte die Umfrage Anfang 2009 bei den Leitungen kommunaler Fachressorts für Stadtentwicklung in allen deutschen Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern durch (insges. 188 Städte). Der Rücklauf lag bei 54 % und verteilte sich relativ gleich über alle Gemeindegrößenklassen (ebda., S. 71).

(55)
Für detailierte Erläuterungen hierzu vgl. Kühnlein/Klein i.d.H. Die Ergebnisse der Begleitforschung des NRW-Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ sind dokumentiert in: Holtappels, H.G.; Klemm, K.; Rolff, H.-G. (Hrsg.): Schulentwicklung durch Gestaltungsautonomie: Ergebnisse der Begleitforschung zum Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ in Nordrhein-Westfalen. – Münster 2008. Informationen zur Bildungsregion Freiburg finden sich auf der Projektwebseite unter www.freiburg.de

(56)
Vgl. hierzu: BMVBS/BBSR (Hrsg.): Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung, a.a.O.

(57)
Bundesagentur für Arbeit: Tagung: “Jobcenter – Akteure im Sozialraum!“(www.arbeitsagentur.de). Für die komplette Dokumentation der Veranstaltung vgl. Regionaldirektion Nord, Bundesagentur für Arbeit, Presse und Marketing (Hrsg.): Jobcenter – Akteure im Sozialraum. – Kiel, Juli 2009 (DVD)

(58)
Vgl. hierzu Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik. – Gütersloh 2008.

(59)
Vgl. hierzu auch Mansel, J.; Heitmeyer, W.: Prekariat, Segregation und Armut im Sozialraum, a.a.O. S. 12 f.

(60)
Vgl. Die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland, a.a.O., S. 101

(61)
Vgl. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Kindern. – Gütersloh 2008

(62)
Vgl. zur Tagung IAB: Wissenschaft trifft Praxis. Workshops zur Konferenz „Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung“ am 17. und 18. Juni 2009. – Nürnberg 2009. Das Zitat ist dem Transkript in dem auf der Tagungs-Webseite hinterlegten Video der Tagung entnommen.

(63)
Vgl. zum Strategiepapier der EU-Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Arbeitsdokument der Kommission: Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020. Brüssel, 24.11.2009. – Brüssel 2009; zum Barca-Bericht: Barca, F.: An agenda for a reformed Cohesion Policy. A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations. Independent report prepared at the request of Danuta Hübner, commissioner for Regional Policy. – o.O., April 2009, S. 146 f.